Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2391**
15. Wahlperiode 28. 01. 2004

Antrag

der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Eine politische Lösung für den Westsaharakonflikt voranbringen – Baker-Plan unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Status der Westsahara ist seit Jahrzehnten politisch und völkerrechtlich umstritten. Zwar herrscht seit 1991 zwischen der Freiheitsbewegung „Frente Polisario“ und den marokkanischen Streitkräften im Territorium Westsaharas ein Waffenstillstand, jedoch steht eine endgültige Lösung des Konfliktes aus. Die gegenwärtige Situation ist eine Quelle potentieller Instabilität der Region und beeinträchtigt ihre demokratische und wirtschaftliche Entwicklung. Das zukünftige Schicksal der über 150 000 Flüchtlinge aus der Westsahara ist ungeklärt. Zudem werden nach Angaben des IKRK immer noch über 600 marokkanische Kriegsgefangene von der Polisario festgehalten.

Der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der VN James Baker hat den Konfliktparteien 2003 einen neuen Vorschlag unterbreitet. Dieser Vorschlag (Baker-Plan) geht von der politischen Realität aus, dass der ursprüngliche VN-Plan, der ein umgehend durchzuführendes Referendum vorsah, als gescheitert angesehen werden muss. Der Baker-Plan sieht für das Territorium der Westsahara statt dessen einen befristeten Autonomiestatus unter der politischen Hoheit Marokkos sowie ein Referendum über den weiteren Status nach Ablauf dieser Frist vor. Die vorgeschlagene Frist beträgt mindestens vier, höchstens fünf Jahre. Den VN obliegt in wichtigen Fragen, unter anderem bezüglich der Wahlberechtigten am Referendum, die letzte Entscheidung.

Der VN-Sicherheitsrat hat mit der Resolution 1495 vom 31. Juli 2003 die Konfliktparteien aufgefordert, dem Baker-Plan zuzustimmen. Von den Konfliktparteien haben die Frente Polisario dem von Baker vorgelegten Vorschlag zugestimmt wie auch die beiden Beobachter-Länder Mauretanien und Algerien, während Marokko bisher den Vorschlag als zu offen hinsichtlich des Endstatus kritisiert hat.

Der Westsaharakonflikt hat jedoch nicht nur eine sicherheitspolitische Dimension. Die gegenwärtige Situation steht der Entwicklung aller Maghreb-Staaten im Wege und trägt den ökonomischen und ökologischen Ressourcen der Region nicht Rechnung. Die Beilegung des Westsaharakonflikts könnte einen Beitrag zur entwicklungspolitischen Dynamisierung und Modernisierung der ganzen Region leisten.

Der Deutsche Bundestag begrüßt das Bekenntnis des VN-Sicherheitsrates in Resolution 1495 vom 31. Juli 2003, sich weiterhin nachdrücklich für eine politische Lösung des Konfliktes in der Westsahara einzusetzen und dies durch die weitere Präsenz der MINURSO-Mission in der Westsahara zu unterstreichen.

Er unterstützt ausdrücklich die Bemühungen des VN-Generalsekretärs und seines Sondergesandten James Baker für eine gerechte und dauerhafte Lösung und fordert alle Konfliktparteien auf, dem Vorschlag aus der VN-Resolution 1495 zuzustimmen.

Der Deutsche Bundestag unterstreicht dabei die Chance, die der VN-Friedensplan für die Zukunft der Westsahara darstellt. Er bietet die Möglichkeit, zu einer für alle Seiten befriedigenden Lösung des Westsahara-Konfliktes zu kommen. Die Sicherstellung der Durchführung des Referendums in der Form, wie es der Baker-Vorschlag vorsieht, ist zentral für die notwendige Vertrauensbildung und für einen konfliktarmen Ablauf der Übergangsfrist. Der Deutsche Bundestag unterstützt die fortlaufende Präsenz der VN-Mission MINURSO in der Westsahara.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Marokko und die Polisario aufzurufen, mit den Vereinten Nationen und untereinander an der Annahme und der Umsetzung des Friedensplans des Sondergesandten des VN-Generalsekretärs zu arbeiten;
2. sich dafür einzusetzen, dass auch unsere europäischen Partner den Referendums- und Friedensprozess aktiv begleiten und unterstützen;
3. zur Verwirklichung des Friedensplans im Bedarfsfall im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Vereinten Nationen auf deren Nachfrage hin die Entsendung von Militärbeobachtern und Polizisten anzubieten, sobald deutliche Schritte bei der Umsetzung des Friedensplans sichtbar sind;
4. die Konfliktparteien im Sinne der Resolution 1495 des VN-Sicherheitsrates aufzurufen, mit dem VN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR) bei der Umsetzung von vertrauensbildenden Maßnahmen zusammenzuarbeiten und einen Appell an die Geberkonferenz für das World Food Programm zu richten sowie auf ECHO einzuwirken, für eine hinreichende Unterstützung hinsichtlich der Ernährungslage der Flüchtlinge zu sorgen;
5. sich für ein von den VN administriertes Rückführungsprogramm für die Flüchtlinge einzusetzen, sobald eine Annäherung der Konfliktparteien erreicht wird;
6. auf die Polisario nachdrücklich einzuwirken, die teilweise seit mehr als 20 Jahren unter inakzeptablen Bedingungen festgehaltenen marokkanischen Kriegsgefangenen freizulassen; an Marokko zu appellieren, mit dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) zusammenzuarbeiten, um das Schicksal der seit Beginn des Konfliktes vermissten Personen aufzuklären;
7. die VN dabei zu unterstützen, vertrauensbildende Maßnahmen gegenüber allen Konfliktparteien fortzuführen, damit diese das Ergebnis der Umsetzung des Baker-Plans akzeptieren; gleichzeitig dazu beizutragen, dass keiner der Konfliktparteien unzumutbare Nachteile aus der Umsetzung des Baker-Plans entstehen; schließlich dafür Sorge zu tragen, dass die Autorität der VN und des von ihr Beauftragten von allen Konfliktparteien vorbehaltlos anerkannt wird.

Berlin, den 28. Januar 2004

Franz Müntefering und Fraktion
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion
Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333